

Der Autor versuchte die Gunst der Parteiführung zu gewinnen, indem er Jiang Zemins berühmte Rede vom 1. Juli 2001 als Anlass nahm, die innerparteiliche Demokratisierung und Intensivierung politischer Reformen dem Generalsekretär der Partei selbst als wichtiges Vorhaben für den XVI. Parteitag gewissermaßen in den Mund zu legen. Auch warb er für innerparteiliche Reformen, indem er argumentierte, dass die Entwicklung der Demokratie auf Regierungsseiten innerhalb der vergangenen zwanzig Jahre schneller verlaufen sei als auf Seiten der KPCh.

Als positive Indizien für eine mögliche Wegbereitung für politische Reformen auf dem bevorstehenden Parteitag im Herbst werden auch die Gründung eines Forschungszentrums für Demokratie unter der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften sowie die lange aufgeschobene, jüngst aber endlich realisierte Publikation eines Sammelbandes zur Demokratietheorie, ebenfalls durch die Akademie, gewertet. (SCMP, 7.12.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Ethikregeln der Akademie der Wissenschaften

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften, die wichtigste Forschungseinrichtung für die Naturwissenschaften, hat kürzlich Ethikregeln für die Akademiemitglieder erlassen. Die aus zehn Punkten bestehenden Regeln wurden am 9. November 2001 vom Präsidium des Wissenschaftlichen Rates der Akademie verkündet und einen Monat später der Öffentlichkeit vorgestellt. Angesichts zunehmender Fälle von Unredlichkeit in der Forschung bemühen sich die großen Wissenschaftsorganisationen in aller Welt heute um die Aufstellung von Ethikregeln für Wissenschaftler. Insofern ist es für die internationale Wissenschaftskooperation von Bedeutung, dass das Problem auch in China angegangen wird. Hier hat es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Ethikregeln für verschiedene Berufe

gegeben, etwa für Journalisten. Auch in der wissenschaftlichen Forschung Chinas ist in jüngster Zeit ein Absinken der ethischen Standards zu verzeichnen. Die eigentliche Bedeutung der Regeln, so wird betont, liegt darin, dass die Chinesische Akademie der Wissenschaften zum ersten Mal in ihrer gut fünfzigjährigen Geschichte nach ihrer Neugründung in der VR China autonom ein Dokument über ihr eigenes Verhalten erlassen hat, d.h. die Initiative scheint von Akademie-seite und nicht vom Staat ausgegangen zu sein.

Die Ethikregeln für die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften wurden im Wortlaut in der *Guangming-Zeitung* veröffentlicht (GMRB, 16.12.01, A2). In Übersetzung lauten sie wie folgt:

Art.1: Halte dich streng an die Bestimmungen der „Satzung der Akademiemitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften“, erfülle gewissenhaft die berufliche Verantwortung und die Pflichten eines Akademiemitglieds, beteilige dich aktiv an den vom Wissenschaftlichen Rat (*xuebu*) organisierten Aktivitäten, leiste auf vielfache Weise Beiträge für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt des Staates und der Gesellschaft.

Art.2: Halte daran fest, dass die Wissenschaft der menschlichen Zivilisation, dem Frieden und dem Fortschritt dient. Befolge und bewahre bei der wissenschaftlichen Arbeit streng die ethischen Normen und Bestimmungen in Bezug auf die Sicherheit des Staates, der Informationen, der Ökologie, der Umwelt und der Gesundheit.

Art.3: Halte dich an die Wahrheit, befreie das Denken, suche die Wahrheit in den Tatsachen, wende dich gegen Betrug und dessen Verschleierung. Halte fest an einer ernsthaften, strengen und festen wissenschaftlichen Haltung, wende dich gegen Unbedachtheit und Großtuererei in der Wissenschaft. Leiste entschlossen Widerstand gegenüber korruptem und unvorschriftsmäßigem Handeln.

Art.4: Führe beharrlich die „Doppel-Hundert-Richtung“ [„lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wettstreiten“] durch und entfalte aktiv wissenschaftliche Demo-

kratie, respektiere voll unterschiedliche Meinungen auf wissenschaftlichem Gebiet, urteile nicht willkürlich, lass nicht nur deine eigene Meinung gelten, hüte dich vor und wende dich gegen eine Arbeitsweise, die von wissenschaftlicher Arroganz unter Ausnutzung einer Machtposition gekennzeichnet ist.

Art.5: Achte die Arbeit und die Rechte und Interessen der Mitarbeiter und anderer Menschen, zitiere die Forschungsergebnisse anderer korrekt. Wende dich gegen falsche Namenszeichnung und die Aneignung der Forschungsergebnisse anderer Personen. Wende dich gegen die Beteiligung an Handlungen zur Erreichung unlauterer Vorteile. Widerstehe und wende dich dagegen, wissenschaftliche Forschungsergebnisse in der Presse zu Sensationsmeldungen verarbeiten zu lassen.

Art.6: Bei Empfehlungen, Begutachtungen, Beurteilungen, wissenschaftlichen Erörterungen und Auszeichnungen aller Art halte fest am Prinzip der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, suche die Wahrheit in den Tatsachen und lasse dich nicht von persönlichen Erwägungen leiten.

Art.7: Sei selbst ein Vorbild für andere, schätze die Lehrer hoch, belohne und befördere junge Nachwuchswissenschaftler, ermuntere zu Innovationen, ermuntere junge Leute dazu, kühn neue wissenschaftliche Gedanken und Meinungen zu äußern. Kümmere und Sorge dich um das gesunde Heranwachsen junger Wissenschaftler.

Art.8: Entfalte den Geist der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des Kollektivismus. Lass die begrenzten menschlichen und materiellen Ressourcen größtmögliche Ergebnisse erzielen. Wende dich dagegen, dass im privaten Interesse eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe die Interessen des Staates oder anderer Personen verletzt werden.

Art.9: Entfalte aktiv einen wissenschaftlichen Geist, führe wissenschaftliches Denken ein, verbreite wissenschaftliche Methoden und wissenschaftliche Kenntnisse, merze Aberglauben aus, wende dich entschieden gegen Pseudowissenschaft.

Art.10: Halte dich streng an die „Verhaltensnormen für Akademiemitglieder bei der Erweiterungs- und Aus-

wahlarbeit der Mitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften“. Beteilige dich mit einer in hohem Maße gegenüber dem Staat verantwortlichen Haltung und objektiv, unparteilich und gerecht an der Erweiterungs- und Auswahlarbeit der Akademiemitglieder, lege die Interessen der Abteilungen und kleiner Gruppen ab und kümmere dich strikt um die Qualität der Bewertung und Auswahl.

Zwar gelten diese Ethikregeln nur für die Mitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, aber es ist davon auszugehen, dass sie auf die Wissenschaftler anderer Forschungsinstitutionen beträchtlichen Einfluss haben werden. (Vgl. auch GMRB, 10.12.01, A1) -st-

19 Schwierige Lage der beruflichen Mittelschulen

Seit mehreren Jahren befindet sich die berufliche Bildung auf Sekundarschuleebene in einer Krise. Diese ist gekennzeichnet durch sinkende Schülerzahlen auf den Berufsmittelschulen und ein Absinken des Bildungsstandards der Schüler. Im Jahre 1999 nahmen die Berufsschulen der Sekundarebene (einschl. Fachmittelschulen, Berufsmittelschulen der Sekundarstufe II und technischen Mittelschulen) in ganz China im Vergleich zum Vorjahr 460.000 weniger Schüler auf, und die Schülerzahl dieses Schultyps verringerte sich um 130.000. Im Jahre 2000 verringerte sich die Zahl der neu aufgenommenen Schüler im Vergleich zum Vorjahr sogar um 610.000, und insgesamt waren auf den beruflichen Mittelschulen 1,10 Mio. weniger Schüler als im Vorjahr. Im Vergleich zum Beginn des 9. Fünfjahrplans (1996) war der Anteil der neu aufgenommenen Schüler und der eine Berufsmittelschule besuchenden Schüler um 17,4% bzw. 11,1% gesunken.

Drei Gründe werden für das mangelnde Interesse an beruflicher Bildung auf Sekundarschuleebene angeführt:

1. Die schlechte Beschäftigungslage. In den kommenden fünf Jahren wird es in den Städten und Kleinstädten insgesamt ein Arbeitskräfteangebot von etwa 54 Mio. Menschen geben, aber laut Prognose wird es nur Jobs für 40 Mio. geben, d.h. das Angebot ist größer als die Nachfrage. Durch die

Unternehmensreform und die Urbanisierung ändert sich mit Eintritt in das neue Jahrhundert die Beschäftigungsstruktur, und zwar werden immer mehr hoch qualifizierte Fachleute nachgefragt.

2. Der anhaltende Trend zur Hochschule. Bis zum Jahre 2005 soll der Anteil derjenigen, die eine Hochschule besuchen, auf 15% ansteigen. Die Ausweitung der Hochschulbildung bringt automatisch ein Anwachsen der allgemeinbildenden Sekundarstufe II mit sich, und infolgedessen wird das Interesse an beruflichen Mittelschulen weiter abnehmen.

3. Mangelnde Anziehungskraft der Berufsbildung selbst. In den letzten Jahren ist die Kluft zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Mittelschulen immer größer geworden, was zu einer Benachteiligung der beruflichen Bildung geführt hat, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Ausstattung. Die Unterfinanzierung der Berufsschulen hat wiederum einen Ansehens- und Qualitätsverlust nach sich gezogen.

Trotz dieses negativen Befundes ist man nach wie vor von der Unverzichtbarkeit der beruflichen Mittelschulen überzeugt. Diese Überzeugung gründet auf der Einschätzung, dass das Gros der Arbeitskräfte in Betrieben aller Art, nämlich technisches Fachpersonal der mittleren Ebene, immer noch aus den beruflichen Mittelschulen kommt. Deshalb ist keineswegs daran gedacht, die beruflichen Mittelschulen angesichts mangelnder Nachfrage zu reduzieren, sondern sie im Gegenteil zu stärken. Und hier wird insbesondere der Staat aufgefordert, die Führung zu übernehmen. Ein Ausweg aus der Krise wird in einer flexibleren Neustrukturierung der beruflichen Bildung auf Sekundarschuleebene gesehen. Einerseits, so heißt es, wird noch über lange Zeit hinaus ein großer Bedarf an Absolventen beruflicher Mittelschulen mit regulären Ausbildungsgängen bestehen. Andererseits aber ist die Zahl der Absolventen der Sekundarstufe I so hoch, dass sie von den weiterführenden Schulen längst nicht alle übernommen werden können. Zugleich gibt es auf dem Arbeitsmarkt ein relativ großes Potenzial an Jobs für Leute, die eine kurzfristige Ausbildung durchlaufen haben. Hier gelte es, für Absolventen der unteren Mittelschule

berufliche Aus- und Weiterbildung in Kurzzeitkursen zu vermitteln.

Außerdem wird für eine unterschiedliche Gewichtung der verschiedenen Typen beruflicher Bildung in den verschiedenen Regionen plädiert. In den wirtschaftlich entwickelten Gebieten und Städten muss das Schwergewicht auf höhere berufliche Bildung im Anschluss an die Sekundarstufe II gelegt werden. In den westlichen Gebieten und vor allem auf dem Lande muss das Schwergewicht auf verschiedenen Formen beruflicher Mittelschulbildung liegen, und zugleich muss technische Ausbildung, die wirklich gebraucht wird, in verschiedenen Formen entwickelt werden, damit Schulabbrecher der unteren Mittelschule und Schüler, die nach der Grundschule nicht auf die Mittelschule gehen können, eine Chance bekommen, in die Arbeitswelt eingegliedert zu werden.

Nicht zuletzt wird die Notwendigkeit gesehen, die Stellung und Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern. Das Aufnahme- und Unterrichtssystem der beruflichen Mittelschulen soll reformiert werden. Die Schulen sollen größere Entscheidungsbefugnisse bezüglich der Aufnahme von Schülern und des Fächerkanons haben. Dieser soll sich stärker am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Zugleich soll der Übergang von der beruflichen Sekundarstufe II zur Hochschule möglich werden, d.h. die festen Abgrenzungen zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sollen durchlässiger werden. Außerdem sollen die beruflichen Mittelschulen auch für berufliche Weiterbildung und die Verbreitung technischer Kenntnisse zuständig sein. Ausgangspunkt für die Neugestaltung, so die Forderung, müssen die Anforderungen in den Jobs sein und nicht irgendwelche Standards. Bislang habe man immer die Anforderungen der Betriebe außer Acht gelassen und einseitig auf die Standards geschaut. Deshalb war die berufliche Bildung häufig in der Praxis nicht zu verwerthen. Dies soll nun anders werden dadurch, dass Schulen und Betriebe stärker zusammenarbeiten. (Vgl. RMRB, 4.12.01, S.10) -st-

20 Bevölkerungs- und Geburtenplanungs-gesetz

Zum ersten Mal wurde in der VR China ein nationales Bevölkerungs- und Geburtenplanungsgesetz verabschiedet. Es wurde am 29. Dezember 2001 vom Ständigen Ausschuss des NVK angenommen und tritt am 1. September 2002 in Kraft. Obwohl die Geburtenregelungspolitik seit fast dreißig Jahren praktiziert wird, gab es bislang kein nationales Gesetz, sondern nur Bestimmungen der einzelnen Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Politik der Familienplanung in der Bevölkerung Chinas lange Zeit auf Ablehnung stieß und sie für den Staat daher ein heikles Thema war. Sinn des Abwartens war es, Erfahrungen zu sammeln und diese in das Gesetz eingehen zu lassen, um auf diese Weise die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Damit will der Staat den Eindruck erwecken, als gehe er mit der Familienplanung behutsam um und habe Verständnis für die diesbezüglichen Schwierigkeiten der Bevölkerung. Allerdings ist die Regierung in der Vergangenheit mit der Durchsetzung der Ein-Kind-Politik keineswegs immer behutsam umgegangen, zeitweise versuchte sie die Politik sogar rigoros umzusetzen; doch gab es auch Zeiten, in denen die Politik gelockert wurde und die Erlaubnis für ein Zweitkind leichter zu erhalten war. Besonders schwierig war die Situation in den Nationalitätengebieten, die zunächst von den Regelungen ausgenommen waren und für die bis heute differenzierte Regelungen gelten.

So ist erklärlich, dass über das Gesetz seit etwa zwei Jahrzehnten diskutiert wird, dass es zahlreiche Gesetzesentwürfe gab und dass der jetzige Gesetzentwurf zwei Beratungsrunden im Ständigen Ausschuss des NVK durchlaufen hat und dreimal verbessert wurde, weil immer wieder Ergänzungsvorschläge eingearbeitet werden mussten. Jetzt meint man, dass das Gesetz nahezu perfekt sei, es fasse die gesetzlichen und praktischen Erfahrungen aller Landesteile zusammen, wie Li Peng, der Vorsitzende des NVK verlauten ließ. Seine Ausführungen auf der Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK vom 29. Dezember mach-

ten auch deutlich, dass der Staat davon ausgeht, dass die Politik der Geburtenregelung mittlerweile in der Bevölkerung weitgehend akzeptiert wird und somit die Situation reif sei und die Bedingungen für die Umsetzung eines nationalen Gesetzes gegeben seien.

Das Gesetz, dessen Wortlaut die *Volkszeitung* am 30. Dezember 2001 veröffentlichte (engl. Übers. XNA und BBC PF, 29.12.01), besteht aus sieben Kapiteln und 47 Artikeln. Die wichtigsten Bestimmungen seien im Folgenden kurz zusammengefasst.

Ziel des Gesetzes ist es, eine Balance zwischen Bevölkerungsentwicklung auf der einen und der Wirtschaft und Gesellschaft, den Ressourcen und der Umwelt auf der anderen Seite zu gewährleisten. Das Gesetz soll die legitimen Rechte und Interessen der Bürger bewahren und Familienglück, nationalen Wohlstand und sozialen Fortschritt garantieren (Art.1).

Geburtenregelung soll grundlegende nationale Politik bleiben. Zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums ergreift der Staat eine Reihe von Maßnahmen, so bietet er u.a. umfassende Dienste auf diesem Gebiet an, fördert die diesbezügliche Forschung und führt ein Belohnungssystem sowie ein soziales Sicherungssystem ein (Art.2).

Für die Familienplanungspolitik sind die lokalen Regierungen von der Kreisebene an aufwärts zuständig. Ihnen obliegt die Kontrolle über die Durchführung der Familienplanung; ferner haben sie für ihren Zuständigkeitsbereich Pläne für die Bevölkerungsentwicklung aufzustellen, die mit dem nationalen Plan in Einklang stehen (Art. 6-10).

Die eigentliche Umsetzung der Geburtenregelung obliegt in den Städten den Nachbarschaftskomitees und auf dem Lande den Dorfkomitees (Art.12).

Die Medien sind verpflichtet, für die Familienplanung Propaganda zu machen und die Bevölkerung in dieser Hinsicht zu erziehen. An den Schulen soll im Rahmen der Gesundheitserziehung entsprechend aufgeklärt werden (Art.13).

Besondere Aufmerksamkeit hat der Wanderbevölkerung zu gelten. Zuständig sind die Heimorte, aber vor allem die derzeitigen Aufenthaltsorte,

die ihre Arbeit mit den Heimorten koordinieren sollen (Art.14).

Von Bedeutung ist vor allem Art. 18. Mit ihm sind die Bürger aufgefordert, spät zu heiraten und die Ein-Kind-Politik aufrechtzuerhalten. Ein Ehepaar kann allerdings einen Antrag auf ein zweites Kind stellen, sofern es dazu berechtigt ist. Wer berechtigt ist, lässt der Art. offen, denn dies hängt von den Bestimmungen der jeweiligen Provinz ab. Die nationalen Minderheiten sollen ebenfalls Familienplanung durchführen, doch auch hier bleibt der Art. unkonkret, weil für sie Sonderregelungen gelten, die die jeweilige Provinz oder das jeweilige autonome Gebiet aufstellen.

Familienplanung soll hauptsächlich durch Verhütung praktiziert werden (Art.19). Die entsprechenden Mittel und Dienste werden Eheleuten im Reproduktionsalter kostenfrei zur Verfügung gestellt (Art. 21).

Diskriminierung und schlechte Behandlung von Frauen, die ein Mädchen geboren haben oder unfruchtbar sind, ist strikt verboten, desgleichen Diskriminierung, schlechte Behandlung und Aussetzen neugeborener Mädchen (Art.22).

Der Staat wird auf die Einführung sozialer Sicherungssysteme dringen (Art.24).

Für Ehepaare, die die Ein-Kind-Politik einhalten, gelten besondere Vergünstigungen wie längerer Heirats- und Mutterschaftsurlaub, verstärkter Arbeitsschutz für die betr. Frauen, Ehrenurkunden, materielle Unterstützung für Bedürftige usw. (Art.26-29).

Vor der Heirat und während der Schwangerschaft müssen ärztliche Untersuchungen durchgeführt werden, die den Anteil von Missbildungen bei Neugeborenen vermindern sollen (Art.30).

Ultraschalluntersuchungen ohne medizinische Indikation allein zum Zweck der Feststellung des Geschlechts des Fötus sind strikt verboten, desgleichen die künstliche Beendigung einer Schwangerschaft, sofern sie nicht medizinisch geboten ist (Art.35).

Bei Verstößen gegen Art.35 sind hohe Geldstrafen vorgesehen (Art.36), desgleichen bei Fälschung und Ver-

kauf von Geburtenregelungszertifikaten (Art.37).

Besonders hohe Strafen gelten für Kader, die die persönlichen Rechte von Bürgern verletzen, unter Ausnutzung ihrer Machtposition Freunde oder Verwandte begünstigen, sich bestechen lassen, für Familienplanung vorgesehene öffentliche Mittel zweckentfremden oder Bevölkerungsstatistiken fälschen (Art.39).

Bürger, die unter Zuwiderhandlung von Art.18 ein Kind in die Welt setzen, müssen Strafgeld in einen Fonds zum Aufziehen von Kindern durch die Gesellschaft zahlen (Art.41).

Für die Wanderbevölkerung wird der Staatsrat Sonderregelungen aufstellen (Art.45).

Das Gesetz liefert den Rahmen für eine einheitliche Bevölkerungs- und Geburtenregelungspolitik, lässt aber zugleich genügend Raum für lokale Regelungen. Es ist Ausdruck der Kontinuität der seit langem praktizierten Politik und enthält nichts, was nicht schon in der Vergangenheit gegolten hat – mit kleineren lokalen Abweichungen. Insbesondere die Vorschriften bezüglich eines zweiten Kindes werden lokal geregelt. Generell, d.h. in allen 31 Provinzen, ist ein zweites Kind gestattet, wenn das erste Kind behindert ist. In 27 Provinzen dürfen Ehepaare ein zweites Kind haben, wenn beide Ehepaare Einzelkinder sind. In 19 Provinzen können Ehepaare auf dem Lande ein zweites Kind beantragen, wenn das erste ein Mädchen ist. Ansonsten haben die Provinzen vielfach Sonderbestimmungen für Zweitkinder. Die Hauptbotschaft des Gesetzes ist, dass der Staat an der bisherigen Geburtenregelungspolitik festhält, und dies wird noch für lange Zeit so bleiben, wie der zuständige Minister der Staatlichen Kommission für Familienplanung versicherte. Das Planziel ist es, die Bevölkerung bis 2010 nicht über 1,4 Mrd., bis zur Jahrhundertmitte nicht über 1,6 Mrd. wachsen zu lassen. (Vgl. RMRB, 30.12.01; Xinhua, 24.12.01, nach BBC PF, 24.12.01; Xinhua, 27.12.01, nach BBC EF, 27.12.01; XNA, 31.12.01) -st-

21 Siebenter Kongress des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden und sechster Kongress des Schriftstellerverbandes

Vom 18. bis 22. Dezember 2001 fand in Beijing der siebente Kongress des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden sowie parallel dazu der sechste Kongress des Schriftstellerverbandes statt. Sie wurden planmäßig nach fünf Jahren abgehalten, die beiden vorausgegangenen Kongresse hatten im Dezember 1996 stattgefunden (vgl. dazu C.a., 1996/12, Ü 11). Wie schon 1996 sprach zur Eröffnung Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin zu den etwa 2.400 Delegierten des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden, unter ihnen Schriftsteller und Künstler aller Nationalitäten Chinas sowie aus Hongkong, Macau, Taiwan und im Ausland lebende Künstler. Der nationale Verband der Literatur- und Kunstschaffenden konnte seine Mitgliederzahl in den vergangenen fünf Jahren von rd. 60.000 auf rd. 70.000 erhöhen. Zum Präsidenten wurde wiederum der Komponist Zhou Weizhi (Jg. 1916) gewählt, der seit 1996 dieses Amt innehat. Zusätzlich wurden 21 Vizepräsidenten gewählt. Auf dem Posten des Präsidenten des Schriftstellerverbandes wurde der Romancier Ba Jin (Jg. 1904) bestätigt. Es ist seine dritte Amtsperiode. Zu seinen Stellvertretern wurden 14 Schriftsteller gewählt, darunter wiederum Wang Meng und sieben neu gewählte Schriftsteller. Der Schriftstellerverband zählt mittlerweile 6.400 Mitglieder. (Vgl. RMRB, GMRB 19., 20., 23.12.01)

Als richtungweisend für die Kulturpolitik der Gegenwart und der kommenden Jahre muss Jiang Zemins Rede betrachtet werden. Sie unterscheidet sich im Tenor kaum von seiner 1996 gehaltenen Rede und muss als Bestätigung der konservativen kulturpolitischen Linie der Partei gewertet werden. Hervorstechend ist wie 1996 ein ausgeprägter Nationalismus, auf dessen Grundlage die sozialistische Kultur mit chinesischen Kennzeichen aufgebaut und die Wiederbelebung Chinas vorangetrieben werden soll. Jiang betonte den nationalen Geist, der die glänzende fünftausendjährige chinesische Kultur durchzogen habe. Er rief Schriftsteller und

Künstler auf, diesen nationalen Geist weiterzutragen und sich zugleich vom Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Gedanken und der Deng-Xiaoping-Theorie leiten zu lassen. Er prophezeite, dass China bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts die volle Modernisierung und die großartige Renaissance der chinesischen Nation erreicht haben werde. Aufgabe der Schriftsteller und Künstler sei es, durch Schaffung einer fortgeschrittenen geistigen Zivilisation an dieser Aufgabe mitzuwirken.

Als weitere Aufgaben, die die Schriftsteller und Künstler unter der Führung der Partei zu erfüllen haben, wies er die Zuhörer u.a. an,

- dem Volk und dem Sozialismus zu dienen,
- Patriotismus, Kollektivismus und sozialistische Ideologie zu verbreiten,
- sich gegen Geldverehrung, Hedonismus und extremen Individualismus zu wenden,
- dekadente und rückständige Kultur zu bekämpfen,
- für Wissenschaft und gegen Unwissenheit einzutreten und
- das Volk und das Leben als Quelle für ihr Schaffen zu betrachten.

Ähnlich ließ sich Ding Guan'gen, Politbüromitglied und Leiter der Propagandaabteilung des ZK, der am letzten Tag sprach, in seiner Rede vernehmen. Die ideologische Ausrichtung war die gleiche; er betonte vor allem die soziale Verantwortung der Schriftsteller und Künstler, die er aufrief, die soziale Wirkung ihrer Werke zu beachten. (Vgl. die Reden in RMRB, GMRB, 19. u. 24.12.01, Übers. BBC PF, 18. u. 23.12.01)

Ein Unterschied ist in Jiang Zemins Rede allerdings auszumachen. Während er 1996 stark die ideologisch-kulturelle Unabhängigkeit Chinas herausstellte und sogar von der westlichen Kultur als von einer „Kolonialkultur“ sprach, war eine solche Abgrenzungsstrategie dieses Mal nicht zu spüren. Es kann zwar nicht die Rede davon sein, dass die Partei eine Öffnung gegenüber westlicher Kultur befürworte, aber sie nimmt eine etwas mildere Haltung ein. Dies hängt mit der gegenwärtigen politischen Gesamtlage zusammen, die auf internationale Kooperation abgestellt ist und

sich nicht zuletzt im Beitritt Chinas zur WTO dokumentiert. So bildete denn auch die Globalisierung ein Thema auf dem Kongress der Literatur- und Kunstschaffenden. Man war sich einig, dass im Zeitalter wirtschaftlicher Globalisierung auch die Kulturen Chinas und der Welt stärker zusammenrücken. Man brauche aber keine Angst vor der Globalisierung zu haben, hieß es; um dem Einfluss ausländischer Kultur auf die chinesische Kultur standzuhalten, müssten die chinesischen Schriftsteller und Künstler ihren traditionellen Arbeitsstil beibehalten und eine kritische Haltung gegenüber westlichen Kultureinflüssen einnehmen.

Übereinstimmung herrschte auch darüber, dass Chinas Beitritt zur WTO neue Chancen, aber auch Herausforderungen für die Kulturindustrie mit sich bringe. Dies gelte beispielsweise für die Filmindustrie, die auf dem internationalen Filmmarkt trotz einer Reihe guter Filme nur eine geringe Rolle spiele. Der Regisseur Xie Jin mahnte, dass der WTO-Beitritt eine große Herausforderung bedeute und nur diejenigen im Filmgeschäft überleben könnten, die das Spiel beherrschten. Chen Zhongshi, einer der neu gewählten Vizepräsidenten des Schriftstellerverbandes, mahnte verbesserte Publikationsmöglichkeiten an. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass der Verlag der chinesischen Schriftsteller zusammen mit fünf Literaturzeitschriften die Gründung einer Verlagsgruppe für chinesische Schriftsteller planen.

Zum Abschluss des Kongresses wurde bekannt, dass der Verband der Literatur- und Kunstschaffenden ein umfangreiches Projekt für die kommenden Jahre plant, nämlich den Aufbau eines Referenzarchivs für chinesische Volkskunst. Es geht darum, alle Bereiche der Volkskunst, von denen viele nahezu verschwunden sind – wie z.B. Papierschnitte und Schattenspiel –, vor dem Untergang zu retten. Das gesamte volkulturelle Erbe der Chinesen und aller in China lebenden Nationalitäten soll in Wort, Bild und Ton festgehalten werden. Zu diesem Zweck wurde ein Zehnjahresplan aufgestellt. Das gesamte Material, angefangen von Hausbaustilen über chinesische Opern bis zu Tonfiguren, soll auf CDs aufgenommen und in

Datenbanken gespeichert werden. Initiator des Projekts ist der bekannte Schriftsteller und Vorsitzende der Chinesischen Gesellschaft für Volkskunst Feng Jicai. Er betonte, dass es das erste Mal sei, dass China versuche, seine traditionelle Volkskunst systematisch aufzunehmen. Zwar habe die Rettung der Volkskultur bereits Anfang des 20. Jahrhunderts begonnen (insbesondere in der 4.-Mai-Bewegung), aber damals sei die Arbeit hauptsächlich auf individueller Basis in Angriff genommen worden. Chinesische Wissenschaftler hätten schon in den 80er Jahren mit dem Sammeln von Volkskultur angefangen, aber das Sammeln selbst sei erst der Beginn auf dem langen Weg zu ihrer vollkommenen Bewahrung. (Vgl. XNA, 23. u. 24.12.01) -st-

22 Sechzig Jahre China Radio International

Anfang Dezember 2001 feierte der chinesische Auslandssender China Radio International sein sechzigjähriges Bestehen. Dazu erreichte uns folgender Bericht von Hansjörg Biener (Nürnberg):

Am 3. Dezember 2001 wurde China Radio International 60 Jahre alt. Etwa 500 Gäste, darunter Parteiprominenz und Hörer und Hörerinnen aus Übersee, nahmen an der Geburtstagsfeier teil. Ding Guan'gen vom Politbüro des ZK der KP Chinas lobte in seiner Rede die Verdienste des Senders. China Radio International sei zu einem Fenster geworden, durch das man China kennen lerne, und nehme so eine wichtige Funktion wahr, das internationale Prestige Chinas zu verbessern. Der Leiter des chinesischen Staatlichen Amtes für Hörfunk, Film und Fernsehen, Xu Guangchun, forderte die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Senders zu noch besseren Sendungen auf, um noch gezielter den Hörern und ihren Interessen zu dienen. CRI-Intendant Li Dan stellte in seiner Rede fest, dass der Auslandsrundfunk in der heutigen Zeit mit all ihren technischen Erneuerungen einen großen Spielraum habe und daher bessere Leistungen erzielen könne: „Seit 60 Jahren verbreitet unser Rundfunk für Auslandsdienst über Berge und Meere hinweg unter den Menschen verschiedener Hautfarben und Sprachen die Wahr-

heit, spricht für Gerechtigkeit, verbreitet Freundschaft und erntet dafür Anerkennung. Es wurde von unseren in- und ausländischen Hörern als 'Fenster Chinas zur Welt' bezeichnet. Wir haben Freunde auf der ganzen Welt.“ Seit Jahren erhalte die Station jährlich mehr als 600.000 Hörerbriefe aus knapp 200 Ländern und Gebieten. In den ersten elf Monaten dieses Jahres habe man bereits mehr als 800.000 Reaktionen erhalten, was einen neuen Rekord darstelle. (Zitate in der deutschen Sendung am 3.12.2001) Im Jubiläumsjahr sendet China Radio International täglich 211 Stunden in Hochchinesisch, vier weiteren chinesischen Sprachen und 38 Fremdsprachen.

Ursprünge: Während die nationalchinesische Regierung schon seit dem Chinesisch-Japanischen Krieg 1937 Auslandssendungen ausstrahlte, fällt die Gründung des chinesisch-kommunistischen Auslandsdienstes in die 1940er Jahre. Von offizieller Seite wurden in der Vergangenheit verschiedene Termine für den Beginn eines Auslandsdienstes genannt. Zuletzt wurde 1996 ein neues Datum ins Spiel gebracht. Am 3. Dezember 1941 habe die Xinhua-Radiostation XCNR auf der Kurzwelle 12245 kHz mit Sendungen in Richtung Japan begonnen. Zuvor hatte der 11. September 1947 als Sendebeginn gegolten, als die Station „Neues China“ mit 20 Minuten in Englisch begann. Im Dezember 1940 nahm in Yan'an der erste Sender der chinesischen Kommunisten seinen Betrieb auf. Den Sender bekam Radio Xinhua von der Kommunistischen Internationale geschenkt, um dem „neuen China“ eine Radiostimme zu verleihen. Die Radiostation sendete unter einfachsten Bedingungen aus zwei Höhlen: Die eine beherbergte das Studio, die andere den Sender. Der Strom wurde über den Motor eines Lasters gewonnen. Am 3. Dezember 1941 wurde erstmals in Japanisch gesendet. Die Sprecherin Kiyoshi Hara war die japanische Ehefrau eines chinesischen Kommunisten. Die halbstündigen Sendungen sollten den japanischen Truppen in den besetzten Gebieten Chinas ihre Verbrechen vor Augen halten und die Vergeblichkeit ihres Kampfes. Ebenso spielte der Kriegsgefangendienst eine Rolle. 1943 wurde das Programm wegen technischer Probleme unterbrochen und erst nach dem

Ende des Zweiten Weltkrieges 1946 wieder aufgenommen. Am 11. September 1947 begann das schon erwähnte 20-minütige englische Programm, das über den Vormarsch der kommunistischen Streitkräfte im Kampf gegen die Guomindang berichten sollte.

Radio Beijing: Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet. Die vorhandenen Programme auf Englisch und Japanisch wurden in das am 10. April 1950 offiziell gegründete Radio Beijing überführt. Noch 1950 begannen auch Sendungen in Burmesisch, Indonesisch, Koreanisch, Thai und Vietnamesisch. Radio Beijing sendete nach Angaben der BBC London in dem Jahr schon 66 Programmstunden wöchentlich. Ende der 50er Jahre baute China zwei Großsendeanlagen und bekam 1958 durch die Koppelung zweier Sender den mit 240 kW für Jahre stärksten Kurzwellensender der Welt. Die Sendezeit wurde auf gut 40 Stunden täglich in 16 Sprachen erhöht. In den ersten Jahren waren für Radio Beijing vor allem die Sprachen der Region interessant. 1960, als am 15. April auch ein halbstündiges deutsches Programm begann, hatte sich der Programmausstoß schon auf 687 Stunden wöchentlich ausgebaut. 1965 wurde die 1.000-Stunden-Grenze überschritten, und Radio Beijing erreichte eine Rekordmarke von 286.000 Hörerbriefen im Jahr. 1975 schließlich nahm es bei etwa 1.500 Programmstunden wöchentlich seinen Platz als zweit- oder drittgrößter staatlicher Auslandsdienst der Welt ein. Schon 1973 hatte Beijing mit 38 Sprachen die 37 Sendesprachen der Stimme Amerikas überholt.

Das deutsche Auslandsprogramm: Im April 2000 feierte Radio China International den 40. Geburtstag seiner deutschsprachigen Sendungen. Am 15. April 1960 begann Radio Beijing mit zweimal 30 Minuten täglich in Deutsch. Damals arbeiteten 6 Personen aus der DDR und 5 chinesische Kollegen beim deutschsprachigen Dienst von Radio Beijing. Die wichtigsten Aufgaben für das Programm wurden damals von den deutschen Mitarbeitern gemacht. Kurz darauf mussten sie jedoch China aus politischen Gründen verlassen, und die chinesischen Kollegen waren auf sich alleine gestellt. Trotzdem wurde das

deutsche Programm 1963 auf den heute wieder aktuellen Stand von zweimal eine Stunde ausgedehnt. In den ersten Jahrzehnten beschrieb man die Aufgaben des Programms so: „In unserem Programm berichten wir über die Erfolge der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China, ferner über den revolutionären Kampf aller Völker gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus. Wir bringen auch Kommentare über wichtige Weltereignisse.“ (Programmheft 1978) Diese Sprache ist den chinesischen Auslandssendungen heute fremd geworden. Man gibt sich „chinesischer“ als früher und will „den Hörern möglichst umfassende und genaue Informationen über China vermitteln, um dadurch das gegenseitige Verständnis und die Völkerfreundschaft zu vertiefen und zur Erhaltung des Weltfriedens beizutragen. Das Programm besteht unter anderem aus Nachrichten, Kommentaren, Sendereihen zu verschiedenen Themen und Musiksendungen.“ (Programmheft 2000) Wegen des Erklärungsnotstandes zu Tibet und anderen Regionen, die nach Unabhängigkeit streben, gehören auch Sendungen über Tibet und die Lage anderer nationaler Minderheiten in China zum regelmäßigen Programm. Verglichen mit den bis zu sieben Frequenzen in den frühen Jahren, ist der heutige Einsatz von zwei bis drei Sendern für die deutschen Stunden sparsam.

Kooperation mit anderen Auslandsdiensten: Radio Beijing gehört zu den Sendern, die seit jeher Frequenzen außerhalb der für internationalen Hörfunk ausgeschriebenen Kurzwellenbänder einsetzen. Auch wenn diese Praxis oft guten Empfang garantierte, hatte Radio Beijing 1969 bis 1978 ein Kooperationsabkommen mit Radio Tirana für Sendungen nach Europa. Der politische Hintergrund war offensichtlich, denn Albanien war über viele Jahre eng mit der Volksrepublik China verbunden. Aus 49 Wochenstunden Relaisendungen 1969 wurden bis 1978, als Albanien mit der Volksrepublik brach, 91. Fast ein Jahrzehnt lang hatte Radio Beijing keine Relaismöglichkeit mehr, und die nationalchinesische Konkurrenz übernahm 1981 die Initiative. Die Voice of Free China tauschte mit dem US-Kurzwellensender WYFR Okeechobee Sende-

zeit und konnte seither aus Florida für Amerika (ab 1. Januar 1982) und Europa (ab 5. Oktober 1985) senden. Sie hatte hier einen wichtigen Vorteil gegenüber Radio Beijing, denn der Atlantikraum ist für ostasiatische Stationen aufgrund der Wellenausbreitung nur schwer zu versorgen. Die Volksrepublik kam erst Anfang 1986 zu einem ähnlichen Kooperationsabkommen mit Radio France Internationale, das dem Auslandsdienst den Zugang zur RFI-Station in Frz.-Guyana verschaffte. Zwar wurde das Abkommen vorübergehend ausgesetzt, aber Radio Beijing tauschte schließlich auch Sendezeit mit dem Schweizer Radio International (1. November 1987-Oktober 1998) und anderen Auslandssendern und betrieb ab 1988 eine Kurzwellenstation im westafrikanischen Mali. Von der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung vom Platz des Himmlischen Friedens im Sommer 1989 blieben die Relaisendungen allseits unberührt. Dem ideologischen Wettbewerb der Systeme ist im internationalen Auslandsrundfunk mindestens ebensoviel pragmatisches Handeln zur Seite getreten. Eine ebenso bemerkenswerte Partnerschaft wie mit dem Auslandsdienst der Schweiz wurde am 8. November 1990 festgemacht: Am 1. Dezember 1990 begann ein zunächst täglich fünfständiger Sendezeitaaustausch mit Radio Moskau, heute Stimme Russlands. Die jüngste Partnerschaft trägt dann doch wieder mehr ideologischen Charakter: Ab Mai 1999 sendete China Radio International in Chinesisch, Englisch, Portugiesisch und Spanisch aus Kuba. Doch erst am 27. Dezember 1999 gab der kubanische Kommunikationsminister Silvano Colas diese Kooperation bekannt. Nach seinen Angaben strahlten zwei kubanische Sender nun acht Stunden täglich das Beijinger Auslandsprogramm für den amerikanischen Doppelkontinent aus.

Jüngste Entwicklungen: Seit zwei Jahren wird der Auslandsdienst von Li Dan geleitet, der seine Aufgabe in der vierjährigen Amtszeit im Übergang vom Kurzwellendienst zum Internet und Satellitenrundfunk sieht. Li begann seine Laufbahn 1967 im englischen Dienst von China Radio International und rückte, mit Unterbrechungen durch Universitätsaufenthalte in den USA, nach und nach bis

zum Leiter der englischen Programme auf. 1992 wurde er Vize-Intendant und 2000 Intendant. Radio China International soll zu einem „Multimedia-Giganten“ ausgebaut werden. Ein Fundament wurde am 27. Mai 1997 mit dem Einzug ins neue Funkhaus im Westen Beijings gelegt, denn mit dem Umzug war auch ein Technologiesprung verbunden. Seit 29. Juli 1997 wird hier digital produziert, was im August 1997 den Sendestart über Satellit und im Oktober 1997 im Internet erleichterte. Am 21. April 1998 begann der digitalisierte Studio- und Sendebetrieb in allen 43 Sprachen, ab 26. Dezember standen die Sendungen in Chinesisch, Deutsch, Englisch und Spanisch im Internet zur Verfügung. Die CRI-Website umfasst mittlerweile ein sehr ausführliches Angebot für Auslandschinesen sowie Angebote der Auslandsredaktionen in acht Fremdsprachen. Allerdings gibt es immer wieder Probleme mit der Geschwindigkeit und dem Zeichensatz. Ende 2001 sollten alle Sprachdienste online zu hören sein, und mittelfristig will man auch Video-Signale im Internet ausstrahlen. Radio China International verfügt nämlich neben Radio und Internet auch über ein eigenes Fernsehzentrum, verschiedene Zeitungen und einen Verlag. Seit Oktober 1999 bietet CRI über 100 Lokalsender TV-Programme mit internationalen Nachrichten an.

Radio China International, Shijingshanlu Jia 16, 100040 Beijing, VR China.

Seit dem 1.1.2002 ist das deutsche Programm von Radio China International nach folgendem Sendeplan (MEZ) zu empfangen:

- 19.00-20.00 Uhr Kurzwelle 5970 9620 kHz
- 20.00-21.00 Uhr Kurzwelle 5970 11650 kHz
- 21.00-22.00 Uhr Mittelwelle 1440 kHz über Radio Luxemburg -st-

Außenwirtschaft

23 Zentralbank beginnt mit ersten Liberalisierungsschritten für ausländische Finanzinstitute nach WTO-Beitritt

Die Zentralbank hat am 11. Dezember d.J. damit begonnen, erste Restriktionen für ausländische Finanzinstitute aufzuheben. So können diese auch in Shanghai und Shenzhen offiziell Renminbi-Geschäfte abwickeln; ausländische Finanzinstitute in Dalian und Tianjin können einen Antrag auf die Teilnahme an Renminbi-Geschäften stellen.

Ab dem 11. Dezember d.J. können ausländische Nicht-Bankeninstitute Tochterunternehmen oder Joint-Venture-Unternehmen gründen und Finanzdienstleistungen im Automobilssektor anbieten, wie Kredite für den Kfz-Kauf. Ebenfalls ab diesem Datum können ausländische Investoren einen Antrag auf Gründung eines Finanz-Leasingunternehmens entsprechend den von der Zentralbank herausgegebenen Bestimmungen „Administrative Measures for Financial Leasing Companies“ stellen, entweder als Tochterunternehmen oder als Joint Venture. Die Bearbeitung der Anträge wird die Zentralbank entsprechend den überarbeiteten Bestimmungen für ausländische Finanzinstitute durchführen. (XNA, 29.11.01)

Weiterhin sollen ausländische Investmentbanken einen leichteren Zugang zum Kapitalmarkt erhalten. Sie sollen künftig einen Anteil von 33% an Gemeinschaftsunternehmen halten können, die Aktien- und Anleiheemissionen in China begleiten. Voraussetzungen für die Broker-Unternehmen sind mindestens 50 Fachkräfte sowie ein Startkapital von 60 Mio. US\$. Das ausländische Unternehmen muss mit mindestens 25% am Gemeinschaftsunternehmen beteiligt sein und kann seinen Anteil nach drei Jahren auf maximal 49% erhöhen. Bisher ist lediglich das US-Unternehmen Morgan Stanley Dean Witter als einzige ausländische Investmentbank in China tätig und begleitet den Börsengang chine-

sischer Unternehmen. Morgan Stanley hat eine Beteiligung an dem Gemeinschaftsunternehmen China International Capital Corp. in Höhe von 35%. (HB, 13.12.01)

Die Beteiligung ausländischer Banken an chinesischen Banken nimmt ebenfalls erste Formen an. So wird die Bank of Shanghai die erste chinesische Geschäftsbank werden, die zumindest teilweise im ausländischen Eigentum sein wird. Mehrheitseigner der Bank of Shanghai ist die Stadt Shanghai. Ende November unterzeichnete die HSBC Holdings (Hongkong and Shanghai Banking Corp.) ein Abkommen mit der Bank of Shanghai, einen Anteil von 8% mit einem Wert von 517,92 Mio. Yuan (62,6 Mio. US\$) an dieser Bank zu erwerben. Weiterhin hat die in Hongkong ansässige Shanghai Commercial Bank sich um einen Anteil von 3% beworben. Die International Finance Corp. (IFC), der private Investitionsarm der Weltbank, hat ihre Beteiligung an der Bank of Shanghai von 5% auf 7% erhöht. Bereits im September 1999 hatte die IFC die 5% Kapitalanteil an der Bank of Shanghai erworben.

Aus der Sicht der HSBC, die bereits über neun Niederlassungen in China verfügt, ist der Erwerb eines Anteils an der Bank of Shanghai auch deshalb von Interesse, weil die Bank in der Region Shanghai 196 Niederlassungen hat. Die Bank of Shanghai weist außerdem ein beeindruckendes Wachstum in den letzten sechs Jahren auf und arbeite nach internationalen Richtlinien der Finanzbuchhaltung. (AWSJ, 30.12.01)

Die Zahl der ausländischen Banken in China belief sich im Juni 2001 auf 191. Sie weisen Aktiva in Höhe von rd. 40 Mrd. US\$ auf, ein Anstieg um 5 Mrd. US\$ seit Ende 2000. Der Anteil ausländischer Banken an Währungskrediten belief sich auf 22,7%, bzw. 18,8 Mrd. US\$. Die meisten Auslandsbanken befinden sich in den Küstenprovinzen und Städten, die meisten in Shanghai (49), Shenzhen (24), Beijing (18), Guangzhou (16), Tianjin (14) und jeweils 10 in Dalian und Xiamen. (CEN, 3.12.01) -schü-